

Freie Wähler lehnen Umwidmung der Alten Schlossschule in eine KiTa ab



In der letzten Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahr wurde unter anderem auch über die zukünftige Verwendung der Alten Schlossschule in Gräfenhausen entschieden. SPD und CDU stimmten der Verwaltungsvorlage zu, dieses denkmalgeschützte Gebäude künftig als einen dreigruppigen Kindergarten umzubauen. Die FWW kann diesen Schritt nicht nachvollziehen und stimmte dagegen.

„Natürlich müssen wir alles dafür tun, dass in Weiterstadt das Platzangebot sowohl für die Kindergärten als auch für die Krippen verbessert wird, aber das sollte durch die konsequente Realisierung begonnener Projekte gewährleistet werden und nicht durch ein zusätzliches, kostenintensives und aus Sicht der FWW für die Bedarfe einer KiTa ungeeignetes Objekt“ so der FWW-Fraktionsvorsitzende Kurt Weldert. Er verwies in seinem Statement darauf, dass bereits ein Konzept besteht, nachdem in Gräfenhausen ein 4-gruppiger Kindergarten in der Turmstraße gebaut, für die Riedbahn ein 6-gruppiger Kindergarten geplant und als weitere Option ein 3-gruppiger Kindergarten in der Nähe der Albrecht-Dürer-Schule im Gespräch ist. Diese Projekte wären nach Meinung der FWW schneller und auch günstiger umzusetzen.

Mit der Entscheidung, an der Ecke Darmstädter Landstraße/Schlossgasse einen Kindergarten mit bis zu 75 Kindern einzurichten, hält die FWW u.a. aus verkehrstechnischer Sicht für nicht verantwortbar. In diesem Bereich gibt es jetzt schon einen Kindergarten in der Turmstraße 6 ein hohes Verkehrsaufkommen, das noch steigen wird, wenn die Turmstraße 21 in Betrieb geht.

Die Kreuzung Schlossgasse/Darmstädter Landstraße ist ein Bereich, der durch den Autoverkehr aus der Einbahnstraße „Schlossgasse“ sehr frequentiert wird. Dort ist der Parkraum schon ohne den Kindergarten bereits überfordert. Alle Bürger*innen, ob alt oder jung, die zu den Stoßzeiten unterwegs zur Schule, zum Kindergarten, zum Einkaufen bei Bäcker, Metzger oder im Hofladen sind, müssen bereits bei



der derzeitigen Situation besondere Vorsicht walten lassen. „Das Gefährdungspotential für Fahrradfahrer und Schulkinder durch wild parkende Eltern-Taxis und durchfahrende Autos ist der FWW einfach zu hoch“, stellt die schulpolitische Sprecherin der FWW, Sonja Moczygamba, fest. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Ablehnung für die FWW ist, dass das Gebäude keine teilweise einheitliche Barrierefreiheit bietet, obwohl die Stadt sich der UN-

Konvention für die Teilhabe aller Menschen verpflichtet sieht. „Auch werden aufgrund der räumlichen Verhältnisse die offenen Betreuungskonzepte der Stadt nur sehr eingeschränkt umgesetzt werden können, da der Brandschutz dem entgegensteht“, bemerkt das FWW-Magistratsmitglied und Brandschutzexperte Manfred Berger.

Finanziell gesehen wird dieser Umbau der Alten Schlossschule in eine KiTa sehr teuer. Zurzeit stehen 3,6 Mio Euro auf der Kostenseite. „Dabei wird es nicht bleiben. Wir gehen davon aus, dass wir letztendlich bei ca. 5 Mio Euro landen werden. Das wird dann wahrscheinlich der teuerste Kindergarten in Hessen“, legt Kurt Weldert in seinem Statement dar.

Die Freien Wähler stehen dazu, dass dieses ortsprägende Gebäude in städtischem Besitz bleiben soll. „Wir haben schon bei der anfänglichen Diskussion hinsichtlich dieser neuen Verwendung des Hauses darauf hingewiesen, dass wir es für sinnvoller halten, dass dieses Haus für die Bürger, die Vereine aber auch für Verwaltungsräume hergerichtet wird,“ erinnert Eugen Moczygamba und ergänzt, „es ist uns bewusst, dass dann auch Sanierungskosten anfallen, aber diese hätte man dann mittel- bis langfristig planen und umsetzen können.“

„Weiterstadt braucht KiTa-Plätze aber eben durch konsequentes Realisieren begonnener Projekte an geeigneteren Orten“, zieht die stellvertretende Stadtverordnetenvorsitzende Lydia Lorenz ihr Fazit in ihrer ganzheitlichen Betrachtung des Abwägungsprozesses.

FWW gegen den Kauf des Ostflügels des Braunshardter Schlosses



Seit mehreren Monaten wird der Ostflügel des Schlosses Braunshardt seitens der Katholischen Kirche für einen Preis von 2,9 Millionen Euro angeboten. Dieses Verkaufsangebot hat nun auch das Weiterstädter Parlament in seiner letzten Sitzung des Jahres 2021 beschäftigt. Die Freien Wähler waren die einzige Fraktion, die sich gegen einen Kauf des Ostflügels ausgesprochen hat. „2,9 Mio Euro mit zu erwartenden Sanierungskos-

ten von weiteren 2 Mio Euro sind uns viel zu hoch. Auch sehen wir keinen Nutzen in dem Ankauf des renovierungsbedürftigen Gebäude-Teils“, so der FWW-Fraktionsvorsitzende Kurt Weldert.

Eine Verwaltungsvorlage, die in der gleichen Stadtverordnetensitzung beraten wurde, weist einen erheblichen Sanierungsaufwand aus. Auch ein klares Nutzungskonzept konnte nicht vorgelegt werden. Die Freien Wähler halten daher diese Ausgaben, die außerdem den freiwilligen Leistungen zuzuordnen sind, für nicht finanzierbar. „Wir haben wichtigere Investitionen zu tätigen, die unseren Bürger*innen mehr nutzen“, erläutert das Fraktionsmitglied Eugen Moczygamba die ablehnende Einstellung der FWW und weist auf die anstehenden Investitionen im KiTa-Bereich sowie im Bereich

der städtischen Immobilien hin. Allein die FWW steht zum Nein bei der Diskussion um den Ankauf des Ostflügels des Schlosses Braunshardt. Alle anderen Fraktionen möchten mit der Katholischen Kirche um ein weitaus niedrigeres Angebot weiter verhandeln. „Es kann uns nicht schlimmeres passieren, dass die Katholische Kirche sich darauf einlässt. Dann sind wir mal gespannt, ob alle anderen Fraktionen es mit dem Erwerb ernst meinen, oder ob das bisher nur Scheingefechte waren“, bemerkt Sonja Moczygamba, das FWW-Fraktionsmitglied im Immobilienausschuss und ergänzt, „wir werden dann ein ähnliches finanzielles Fiasko wie bei der Alten Schlossschule in Gräfenhausen erleben.“

Corona ist noch nicht zu Ende!

Ende 2019 wurde erstmals über ein Virus in China berichtet. Sein Name „Covid19-Corona Virus“. Keiner hätte damals gedacht, welche Ausmaße die Verbreitung dieses Virus

ten erschweren die Bekämpfung. Wir werden auch weiterhin mit starken Einschränkungen im beruflichen und sozialen Umfeld rechnen müssen.

Aber es liegt immer noch an uns, wie schnell wir zur Normalität zurückkehren können. Dabei ist an erster Stelle das Impfen zu nennen. Zuverlässigen und wirksamen Impfstoff gibt es. Die Freien Wähler sehen darin neben den Hygieneregeln die wirksamste Waffe gegen das Virus in all seinen Ausprägungen. „Lassen Sie sich impfen und hören Sie nicht auf Falschmeldungen, die Unsicherheit verbreiten wollen“ appelliert Lydia Lorenz, die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion. Die FWW ist sicher, dass der Weg zu einem normaleren Leben mit diesen Maßnahmen, konsequent durchgeführt, zu erreichen ist.



annehmen würde und welche Folgen daraus entstehen sollten. Die Mehrheit im europäischen Raum nahm die drohende Gefahr nicht ernst. Eine Fehleinschätzung, wie sich dies nach 2 Jahren zeigt.

Im März 2020 wurde unser Leben, ob privat oder wirtschaftlich, drastisch heruntergefahren. Soziale Kontakte waren kaum noch möglich. Mit großer Zustimmung haben damals die Bürger*innen dies befolgt, und die erste Corona-Welle konnte so gebrochen werden. Es kam eine gewisse Normalität zurück.

Ende 2021 befinden wir uns bereits in der 4. Welle. Immer neue Varianten

Neue Vereinsförderrichtlinie

Für die Freien Wähler war es selbstverständlich, eine Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinie zu unterstützen, die eine bessere finanzielle Ausstattung der Vereine durch die Kommune zum Ziel hat.

Steigende Betriebskosten, Mitgliederschwund und Einnahmenverluste durch die Corona-Pandemie bringen gerade Vereine mit eigenen Anlagen in finanzielle Nöte. Aber auch Vereine ohne eigene Anlagen benötigen eine stärkere Unterstützung der Kommune.

Was hat sich nun geändert:

Die bisherige Förderungsmöglichkeit von Investitionen in Höhe von 10% wird in mehreren Stufen bis auf 40 % erhöht. Für das Jahr 2022 ist bereits ein höherer Satz von 20% möglich.

Die Förderung der Betriebskosten, dessen Satz zur Zeit bei 42% liegt soll im Jahr 2022 auf 50% und in den folgenden Jahren um jeweils 5% erhöht werden und zwar solange bis ein Fördersatz von 70% erreicht ist.

Dies ist aus Sicht der FWW eine gute und richtige Entwicklung. Die Vereine haben es verdient, diese Unterstützung zu erhalten.



Haben Sie Fragen oder Anregungen?
Buerger@fww-weiterstadt.com

Unsere Gesundheitsversorgung auf dem Prüfstand. Sind MVZ die Lösung?

Am 27.08.2021 haben SPD und FWW einen Antrag zur Prüfung der Gesundheitsversorgung in Weiterstadt und speziell in Gräfenhausen gestellt. Dass hier Handlungsbedarf aus Sicht der FWW besteht, zeigt auch der bereits in der letzten Legislaturperiode gestellte Antrag, ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) zeitnah zu errichten und dafür einen geeigneten Standort zu finden. Passiert ist bis jetzt noch nichts Konkretes.

Die FWW ist der Meinung, dass wir in Gräfenhausen die erste richtige Notlage haben. Die ansässigen Hausärzte nehmen keine Patient*innen mehr auf, da sie schon jetzt an ihrer Belastungsgrenze angekommen sind. So sind viele Patient*innen gezwungen, in die umliegenden Orte auszuweichen oder einfach nicht mehr zum Arzt zu ge-

hen, weil die Mobilität fehlt. Ist das ein Dauerzustand? Oder soll es einer werden?

Um wirklich für unsere Einwohner*innen als Kommune fürsorglich zu denken und zu handeln, müssen wir auch ohne Einfluss des Landkreises, Mittel und Wege finden in einem akzeptierbaren, zeitlichen Rahmen für unsere chronisch kranken älteren Mitbürger*innen sowie auch für neuzugezogene junge Familien gute medizinische Optionen zu schaffen.

Wir, die Fraktion der FWW, sehen die Situation eher noch schlechter werden, wenn auch in den anderen Ortsteilen die älteren Hausärzte in ihren wohlverdienten Ruhestand gehen.

Es muss zügig seitens der Stadt der Platz für ein MVZ gefunden werden. Da der Landkreis für die MVZ zuständig ist, muss hier die Dringlich-

keit klarer gemacht werden, dass Weiterstadt sich bereits auf dem Weg in eine Versorgungsnot befindet.

Sicher ist, dass viele Menschen nicht mehr zum Arzt gehen, wenn es notwendig wäre, sondern erst, wenn es vielleicht zu spät ist und ein Notfall eingetreten ist. Besonders betroffen sind mobilitätseingeschränkte Menschen, also wieder diejenigen, die sich am wenigsten wehren können. Dies ist für uns nicht tragbar!

Wir fordern daher die Stadt auf, alles dafür zu tun, dass die ärztliche Versorgung in Weiterstadt besser wird und langfristig gewährleistet ist. Gesundheitsversorgung ist eine gesellschaftliche Verpflichtung der öffentlichen Hand und der Privatisierungsaktionismus in diesem wichtigen Bereich muss beendet werden.

Vielfalts- und Integrationsstrategie in Weiterstadt



Im Herbst 2019 bot sich die Möglichkeit, mit einer Bewerbung bei dem Projekt „Erstellung einer kommunalen Integrations- und Vielfaltsstrategie“ des Landes Hessen die Fragen nach Chancengerechtigkeit und Integrationsmöglichkeiten für alle Mitbürger*innen Weiterstadts zu stellen und eine Lösung zu erarbeiten, wie das soziale Miteinander aller Menschen besser gestaltet werden kann. Diese Bewerbung führte aufgrund der guten Konzepte zum Erfolg. Unter Beteiligung verschiedener Gruppen der Weiterstädter Bevölkerung, wie Kommunalpolitiker, Verwal-

tung und Beiräte wurde im Laufe des Jahres 2021 eine gemeinsame Haltung zur Vielfalt und Integration erarbeitet. Pandemiebedingt erfolgten die Zusammenkünfte (Workshops) fast ausschließlich digital. Aber auch unter diesen ungewohnten Bedingungen bewiesen die einzelnen Teilnehmer unter versierter Anleitung eine gute und erfolversprechende Zusammenarbeit.

Das Projekt soll die Themen Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern und von Jugendlichen und deren Familien ganzheitlich betrachten. Die Förderung des ehrenamtlichen Engagements sowie die Betreuung von Flüchtlingen stehen im Fokus der Arbeitsgruppe.

Das Ziel für Weiterstadt ist, durch gemeinsames Vorgehen und mit einer gemeinsamen Haltung Position zu Integration, Inklusion und Vielfalt zu beziehen. „WIRkt“ will allen Einwohner*innen eine Stimme geben. Jeder kann sich aktiv beteiligen und mitarbeiten, auch wenn er bis jetzt nicht in einem Ehrenamt tätig war.

Die Strukturen in unserer Stadt sind schon jetzt durch viele Vereine, kul-

turelle wie sportlicher Natur sehr vielfältig. Das Engagement wird groß geschrieben und das Einbeziehen von unterschiedlichen Interessen oder Wahrnehmungen ist schon auf einem guten Weg.

Die Vielfalts- und Integrationsstrategie ist ein Mittel um Demokratie zu stärken und freiheitliches Denken auszubauen, Vertrauen zu schaffen in Organisationen und Maßnahmen in unserer Stadt. Eigenes Mitreden und Mitwirken ist dabei sehr wichtig. Die Freien Wähler haben sich aktiv an diesem Prozess beteiligt und beifürworten diese Entwicklung. „Ich möchte jeden bitten, sich aktiv zu beteiligen und so einem **WIR** Gefühl in Weiterstadt eine noch größere Chance zu geben, als bisher“ ermuntert besonders junge Menschen, die sozialpolitische Sprecherin der FWW, Lydia Lorenz.

Möchten Sie Weiterstadt mitgestalten? Sprechen Sie uns an!

Buerger@fww-weierstadt.com

Nachhaltiges und klimaneutrales Weiterstadt

Im Sommer 2021 hat die FWW gemeinsam mit der SPD den Magistrat beauftragt, zu prüfen, auf welchen städtischen Liegenschaften und vorhandenen Freiflächen im Stadtgebiet Photo-Voltaik-Anlagen (PV-Anlagen) errichtet werden können. Um auch private Initiativen zu unterstützen, wurde der Magistrat beauftragt, ein diesbezügliches Förderkonzept zu erarbeiten. Auch der CDU Antrag vom Dezember 2021, der die Förderung von privaten Mini PV-Anlagen (max.600Wp) zugrunde hat, entspricht unserer Intention..

„Nur durch den Einsatz regenerativer Energieträger werden wir unsere Rohstoffreserven schonen und den

CO₂-Ausstoß verringern, sowie das Pariser Klimaschutzabkommen zu erreichen. Solarstrom gehört zu den günstigsten erneuerbaren Energien“, fordert Sonja Moczygamba die



schnelle Prüfung und Umsetzung des Beschlusses ein.

Für die FWW ist nachhaltiges Bauen ein weiterer Baustein im Hinblick auf

eine veränderte Umweltpolitik. Deshalb haben FWW und SPD den Magistrat beauftragt, sich bei künftigen Neu- und Umbaumaßnahmen sowie baulichen Sanierungen an den Kriterien der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltige Bauen e.V. (DGNB) zu orientieren. Dabei werden Kriterien der Nachhaltigkeit bezüglich: ökologischer, ökonomischer, sozialer, funktionaler und technischer Qualität entsprechend bewertet und zertifiziert.

„Umweltschutz geht uns alle an! Jeder von uns kann etwas dazu beitragen, aber wir müssen dazu auch bereit sein“, schaut Eugen Moczygamba in die Zukunft .

Große oder kleine Schulsysteme? Auch eine Frage in Weiterstadt?

Die Carl-Ulrich-Schule (CUS) im Weiterstädter Stadtkern platzt aus allen Nähten, die Schülerzahlen wachsen. Um Kindern ihr Recht auf Bildung zu garantieren, müssen auch in Weiterstadt perspektivisch Schulplätze geschaffen werden. Weiterstadt ist eine Zuzugsgemeinde, gerade auch für junge Familien mit Kindern. Der derzeitige Schulstandort der CUS kann sich baulich nicht mehr ausdehnen. Auch steht mittelfristig eine Modernisierung an. Daher wird sich sehr kurzfristig die Frage stellen, ob man die CUS im Stadtkern aufgibt und etwa im Bereich der Albrecht-Dürer-Schule (ADS) eine neue große Grundschule baut. Die Alternative wäre der Erhalt und die Sanierung der CUS im Stadtkern und der Bau einer weiteren kleinen Grundschule in der Nähe der ADS. Allerdings hat Weiterstadt auf diese Entscheidung wenig Einfluss. Die Zuständigkeit liegt beim Landkreis.

Bei der Variante einer alleinigen großen Grundschule im Bereich der ADS stellen sich der FWW einige entscheidende Fragen. Wie kann das Lernumfeld der Schule, ihre Ausstattung, Räumlichkeiten, das Gebäude oder gar der Standort ge-

staltet werden? Wie sieht es mit der Lernatmosphäre aus? „Gerade die Lernatmosphäre ist ein wichtiger Gesichtspunkt für eine gute Schulbildung und je größer die Schule, umso schwieriger ist die Lernatmosphäre zu gestalten“, äußert sich die schulpolitische Sprecherin der FWW, Sonja Moczygamba.

In der heutigen Gesellschaft wird alles größer gedacht. kleine Geschäfte müssen riesigen Einkaufszentren weichen, kleinere Artpraxen kämpfen ums Überleben und schließen sich zu Medizinischen Versorgungszentren zusammen. Auch kleinere Schulen werden nach und nach in Hessen und vielen anderen Bundesländern geschlossen. Diese Entwicklung ist nicht positiv zu sehen! Kleinere Schulsysteme genießen Vorteile: Insbesondere jüngere Schülerinnen und Schüler profitieren von einer damit eingehenden positiveren Lernumgebung. Je größer ein Schulsystem ist, desto mehr kommt es zu sozialen Konflikten und die Aufgabe, alle Kinder im Blick zu behalten und zu fördern, wird zunehmend schwieriger.

Dass Lärm und Stress gesundheitsschädlich ist, sollte ebenfalls bekannt sein. Bei Schülerzahlen, welche bei

achtzügigen Systemen zwischen 600 und 800 Grundschulkindern liegen, ist dieser immer sehr hoch! Der Lärmpegel auf Gängen und in den Pausen ist enorm. Gerade sensible Kinder leiden darunter sehr.

Andere Widrigkeiten des Alltags, wie dünne Personaldecken, kaum personelle Ressourcen für Inklusionskinder, lassen sich in einem großen Schulsystem auch schwieriger kompensieren als in kleineren Systemen. Man kann schlussendlich so viele (Not-) Lösungen wie man möchte auf die Beine stellen oder „multifunktionale Teams“ bilden, ein zu großes System bleibt ein zu großes System!

„Ziel sollte es sein, den Kindern und ihren Bedürfnissen gerecht zu werden, möglichst optimal zu fördern und mit den Kolleg*innen eng zusammenarbeiten und sich schnell austauschen zu können“, ist für Sonja Moczygamba wichtig. Die Entscheidung, eine große Grundschule am geplanten Campus oder zwei kleinere Standorte ist aus Sicht der Freien Wähler eindeutig. **Die Grundschule im Stadtkern soll erhalten und saniert werden, eine zweite kleinere Grundschule kann auf dem Campus integriert werden.**